

So kann Liechtenstein Millionen einsparen

Einsparpotenzial bei Landesbeiträgen oder Prämienzuschüssen

VADUZ – Der Landtag hat seine Spardiskussionen ohne konkretes Ergebnis abgeschlossen. Das «Volksblatt» sammelte bei Experten innerhalb nur weniger Stunden mehrere Spartipps.

• **Michael Benvenuti/Jessica Nigg**

Nach der Novembersitzung des Hohen Hauses macht sich Ernüchterung breit. Trotz düsterer Wirtschaftslage mit drohendem 180-Millionen-Defizit für 2010 und nicht weniger unerfreulichen Aussichten für die Folgejahre blieb es im Landtag bei blossen Lippenbekanntnissen. Die Mandatäre konnten sich zu keiner einzigen nennenswerten und konkreten Sparmassnahme durchringen. So dürfte der anvisierte Spar-Ziel-Betrag von 160 Millionen Franken ab dem Jahr 2014 Utopie bleiben.

Jüngstes Beispiel für die fehlende Tatkraft des Landtags war der abgelehnte Antrag des FBP-Fraktionsprechers Johannes Kaiser, der eine sofortige Reduktion des Staatsbeitrages für die FMA forderte. Hier hätte ein Einsparungspotenzial von **2,7 Millionen Franken** gelegen.

Aber nicht nur im Novemberlandtag haben die Abgeordneten ihren Rotstift zu Hause vergessen und stattdessen satten Mehrausgaben zugestimmt. So wurde im Juni der Landesbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) um **5 Millionen Franken** auf mittlerweile 57 Mio. Fr. erhöht.

Geübte Sparfische dürften auch den gewährten **4-Millionen-Franken-Kredit** für die Expo 2010 in Shanghai hinterfragen. Diese Liste liesse sich problemlos fortsetzen.

SPARTIPPS DER EXPERTEN

Vorschlag	Einsparung
Antrag von Johannes Kaiser auf Kürzung des Staatsbeitrages an die FMA auf 8 Millionen Franken	2,7 Mio. Fr.
Streichung der NBU-Landessubvention	10,4 Mio. Fr.
Streichung 13. Gehalt AHV- und IV-Bezüger	6,0 Mio. Fr.
Teuerungsanpassung Motorfahrzeugsteuer	2,0 Mio. Fr.
Reduktion des Expo-Staabeitrages auf 2,5 Mio. Franken	1,5 Mio. Fr.
Einfrieren des Landesbeitrages an die Kosten der OKP auf den Stand des Jahres 2009.	5,0 Mio. Fr.
Gesamt:	27,6 Millionen Franken

Aber wo könnte Liechtenstein denn überhaupt Millionen einsparen? Das «Volksblatt» hat sich bei Finanzexperten und ehemaligen Landtagsabgeordneten umgehört und Spartipps erhalten:

Landesbeiträge: Zur Subvention der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) steuert das Land jährlich mehr als **10 Mio. Franken** bei. In der Schweiz wurde die Subvention dieser «Freizeitversicherung» bereits 1967 abgeschafft.

Auch bei den AHV- und IV-Bezügen sehen Experten Sparpotenzial. «Obwohl ich nicht sagen will, dass man das Weihnachtsgeld abschaffen soll, darf es kein Tabu sein», sagte vor Kurzem AHV-Direktor Walter Kaufmann im «Volksblatt»-Interview. Die Streichung des 13. Rentnergehaltes bei Rentnern und IV-Bezügern brächte **6 Millionen Franken** mehr in den Staatskassen. Es ist aber fraglich, ob sich Politiker wegen 6 Millionen Franken mit 6100 Wählern anlegen wollen.

Steuern: Wer schlecht sparen kann, muss mehr einnehmen. Die einfachste Möglichkeit: Eine Steu-

erhöhung. Ganz vom Tisch ist eine solche, trotz anderslautender Versprechung der Regierung, nicht. So hatte etwa der VU-Abgeordnete und Vorsitzende der Finanzkommission Günther Kranz im Landtag erklärt: «Ich würde auch eine Steuererhöhung nicht kategorisch ausschliessen.» Wie die ehemalige FL-Abgeordnete Andrea Matt vorrechnet, würde alleine eine Teuerungsanpassung bei der Motorfahrzeugsteuer rund **2 Millionen Franken** zusätzlich einbringen.

Verwaltung: Hier wird von den befragten Experten in erster Linie eine Effizienzsteigerung gefordert. Als konkretes Beispiel nannte ein ehemaliger Abgeordneter die Schaffung eines «Sozialhilfe»-Schalters. Der Bürger müsste sich dann – egal, ob für Arbeitslosengeld, Mietbeihilfe, Krankenkassenzuschuss oder andere Ergänzungsleistungen – nur mehr an eine einzige Verwaltungsstelle wenden. Der Vorteil: Kürzere Wege für den Bürger, weniger Doppelspurigkeiten innerhalb der Verwaltung und damit auch deutlich geringere Ausgaben.